

Von Bettina Röder und
Elisa Rheinheimer-Chabbi

Wenn es nach dem Rüstungsgegner Jürgen Grässlin ginge, müssten die bewaffneten Drohnen von den *Vereinten Nationen* weltweit geächtet werden. »So, wie das auch für die Landminen und die Streumunition gilt«, sagt er. Neben der Ächtung der Kleinwaffen ist das für ihn jetzt vorderstes Ziel. Und er weiß das renommierte *Simpson Center* in Washington, das auch höchster Militärberater in den USA ist, auf seiner Seite. Das hat in seiner jüngsten Studie nachgewiesen, dass der Drohneneinsatz im Krieg kontraproduktiv ist: weil er durch den immens hohen Verlust an Zivilisten den Einsatzwillen und das Renommee der Gegner stärkt. Zudem gebe es in den Ländern, die die bewaffnete Drohne einsetzen und besitzen, aus Rache eine besonders hohe Zahl von Terroranschlägen, heißt es.

Der Zug der Bundesregierung indes rast in die andere Richtung. Da scheint die Anschaffung der »bewaffnungsfähigen Drohne«, was nichts anderes als eine Kampfdrohne ist, beschlossene Sache. Zumindest von Seiten der CDU. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist der Entscheidung, die ihr Vorgänger Thomas de Maizière so gern vorangetrieben hätte, lange Zeit ausgewichen. Sie war um Kindergärten für die Bundeswehr besorgt. Doch jetzt ist Schluss mit lustig. Noch am Tag der überraschend angesetzten Anhörung im Verteidigungsausschuss zum Thema »bewaffnungsfähige Drohnen« Ende Juni sprach sie sich für die Anschaffung aus. »Unsere Soldaten müssen im Einsatz geschützt sein«, begründet sie das. Kanzlerin Angela Merkel gibt ihr Rückendeckung. Und nicht nur sie. »Die Soldatinnen und Soldaten in den Auslandseinsätzen erwarten von uns diesen Schutz«, erklärte in Berlin auch Generalleutnant Hans-Werner Fritz, Befehlshaber beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr. Und die SPD, die mit zu entscheiden hat? Die hält dagegen. Noch. Sie habe größere Probleme mit dem Vorstoß, sagt Fraktionsgeschäftsführerin Christine Lambrecht.

Eine militärische Revolution

Was aber heißt die Anschaffung von bewaffneten Drohnen? Und kann sich Deutschland da überhaupt heraushalten? Das könnte es sehr wohl. »So, wie wir uns auch aus der atomaren Bewaffnung herausgehalten haben«, sagt der Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi. Und Niklas Schönig vom *Leibniz-Institut der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung* bringt auf den Punkt, dass es um weit mehr geht als den Schutz von Soldaten. »Das ist der Beginn einer neuen Phase der Kriegsführung«, sagt er. Die Herauslösung des Piloten aus jeglichem Risikokontext während der Kampfhandlung und die dann immer weiter vorangetriebene Abgabe

FOTO: VICTOR HARBICK VISIONS/CORBIS

seiner Entscheidung an die Technik »stellt einen radikalen Einschnitt dar, dessen Bedeutung bislang kaum abzuschätzen ist«. Wie auch nicht das Ende der Fahnenstange. Denn unbemannte Luftsysteme sind, wie er sagt, nur ein Element der militärischen Robotik. Davon, dass allein der Besitz von Drohnen der Bedrohung dient, wie Völkerrechtler Hinrich Bartels vom *Institut für Internationales Recht* betont, ganz zu schweigen. Das werde, sagt er, auch eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik spielen: Wer Drohnen besitzt, ist überlegen. Eine militärische Revolution. Doch wer treibt sie voran? Allein die Tatsache, dass der Vertrag über die von der Bundeswehr im Afghanistan-Einsatz von Israel geleaste Drohne *Heron 1* im nächsten Jahr ausläuft, kann es nicht sein.

»In der Bundesrepublik gibt es fast keine Hochschule oder Universität, die nicht zum Thema Drohnen forscht«, sagt Thomas Mickan von der *Informationsstelle Militarisierung in Tübingen*.

Damit meint der Drohnen-Experte zunächst alles rund um das Thema, das ja eine große Bandbreite hat: vom Drohneneinsatz bei der Aufklärung von Waldbränden bis hin zur Suche von

FOTO: GLÄSCHER/AF

Überwachung aus der Luft:

Tausende Kilometer von Afghanistan entfernt wird die Drohne »Heron« aus Deutschland aus gesteuert. Noch ist sie unbewaffnet

Vermissten bei Erdbeben. Vorreiter bei der Forschung bewaffneter Drohnen allerdings ist die *Universität der Bundeswehr* in München. Ihr Forschungsprojekt mit dem lateinischen Namen *Sagitta*, zu Deutsch: Pfeil, hat einen Auftraggeber: den Rüstungskonzern *Airbus*, früher EADS. Es geht darum, eine Kampfdrohne als sogenannte Tarnkappendrohne zu entwickeln: eine Drohne ohne Flugzeugrumpf, die den Radarkontrollen entkommen kann, im Kampf nicht sichtbar ist. »Sagitta, das ist der Versuch der deutschen Rüstungsindustrie, unter Führung von *Airbus* nationales Know-how für autonom aus der Luft geführte Kriege zu bekommen«, sagt Mickan.

Beteiligt an der Forschung zu *Sagitta* sind im Auftrag von *Airbus* auch die TU München, die Hochschule Ingolstadt, die TU Chemnitz sowie das *Deutsche Zentrum Luft- und Raumfahrt* (DLR) in Braunschweig und Pfaffenhofen. Geforscht wird auch an den *Airbus*-Standorten Friedrichshafen und Manching. Neben der Tarnfunktion wird daran gearbeitet, möglichst viele Daten, für die jetzt noch Menschen zuständig sind, durch Technik zu ersetzen. Dabei entwickeln die einzelnen Institute Module, die dann von *Airbus* zu einem Patent zusammengesetzt werden. Da kann schon mal so etwas vorkommen wie jüngst bei einem anderen Projekt an der Uni Stuttgart: dass ein Professor eine GmbH bildet, die Forschungsergebnisse mitnimmt. Und die von Steuergebern finanzierte Bundeswehr sie zurückkaufen muss.

Und schließlich wären da noch die Arbeitsplätze. Wenn er auf dieses Thema angesprochen wird, kommt Jürgen Grässlin in Fahrt. Er spricht von einem »Auf-

schrei« in Manching, dem führenden Standort von *Airbus*. Weil 2018 dort die Produktion des *Eurofighter* ausläuft, will man dann durch Drohnenproduktion die Lächer bei den Arbeitsplätzen stopfen. Der Skandal ist für ihn der zweite Bevollmächtigte der IG Metall, Bernhard Stiedl. »Der sagt, er will die Arbeitsplätze künftig durch die Kampfdrohnenproduktion sichern.« Grässlin, selbst Gewerkschafter, »kribbelt es da«: Das könne doch nicht sein, dass die IG Metall, die immer Vorbild für Rüstungskonversion war, heute so etwas zulässt.

Drohnen, Europa und die Rüstungsindustrie

Und was offenbart der Blick über Deutschland hinaus? Kaum wahrgenommen von der Öffentlichkeit haben sieben EU-Staaten bereits beschlossen, bis 2020 eine gemeinsame Drohne zu entwickeln. Deutschland gehört dazu. Mit Frankreich, Italien, Griechenland, den Niederlanden, Polen und Spanien hat die deutsche Regierung im November letzten Jahres eine Absichtserklärung mit der *Europäischen Verteidigungsagentur* (EVA) unterzeichnet. Kein EU-Staat hat sich bislang dagegen ausgesprochen. »Und weil das Vorhaben nicht direkt den EU-Haushalt betrifft, sondern lediglich die Kooperation einiger Mitgliedsstaaten ist, hat das Europäische Parlament keine Mitspracherechte«, erklärt die grüne Europa-Abgeordnete Barbara Lochbihler.

Doch wer ist diese Europäische Verteidigungsagentur? Abseits der öffentlichen Wahrnehmung treffen sich dort nationale Beamte aus den Verteidigungsministerien mit hochrangigen Experten aus der Rüstungswirtschaft. »Die Debatte um die EVA ist seit Jahren politisch aufgeladen, weil sie laut Vertrag die Aufgabe hat, die militärischen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten zu verbessern. Daraus kann man eine Aufrüstungsverpflichtung lesen«, sagt Lochbihler. Doch zunächst treibt die Agentur die Drohnenforschung voran, koordiniert Rüstungsprojekte und finanziert sie im Auftrag der Länder. Mit EU-Bürokraten hat die EVA wenig zu tun: Sie steht unter direkter Kontrolle der Mitgliedsstaaten. Jean-Youri Marty, ein hochrangiger Beamter der EVA, erklärt: »Die EU selbst besitzt keine Verteidigungsgüter. Die Ressourcen stammen von den Mitgliedsstaaten – so wie übrigens auch das Budget der Agentur.« Für die Regierungen ist die Existenz der EVA praktisch: Durch ihren Standort in Brüssel ist das, was nationale Beamte dort entscheiden, außerhalb des Blickfeldes der Bürgerinnen und Bürger.

Im Europäischen Parlament kämpfen einzelne Abgeordnete gegen den Einsatz bewaffneter Drohnen. Aber die Grünen und Linken stehen dabei auf verlorenem Posten. »Leider sind die Befürworter der Drohnenpolitik im Europäischen Parlament in der Mehrheit«, beklagt die linke EU-Abgeordnete Sabine Lösing. Sie spricht von einer »unheiligen Allianz zwischen Politik und Rüstungskonzernen«. Doch die Drohnen-Befürworter wollen nach eigenen Angaben nur das Beste: Deutschland will mit Hilfe bewaffneter Drohnen die Risiken für die eigenen Soldaten minimieren. Die Europäische Kom-

mission will durch einen Ausbau der Verteidigungspolitik Arbeitsplätze in Europa schaffen. Die Europäische Verteidigungsagentur tut ohnehin nur das, was die Mitgliedsstaaten ihr auftragen. Und die Rüstungskonzerne?

»Wir haben als Unternehmen keine Position dazu«, sagt der Pressesprecher von *Airbus Defence* zu einer möglichen Bewaffnung von Drohnen. Die Entscheidung sei eine politische – *Airbus Defence* liefere nur das, was »der Kunde« wolle. Der Kunde ist das deutsche Verteidigungsministerium. *Airbus Defence* arbeitet bei der Entwicklung einer Drohne mit dem französischen Unternehmen *Dassault Aviation* und dem italienischen Konzern *Alenia Aermacchi* zusammen. Beim EU-Gipfel im Dezember letzten Jahres hatten die Staats- und Regierungschefs diese Kooperation befürwortet. Das Gipfeltreffen fand vier Tage vor Weihnachten statt. Ein klug gewählter Zeitpunkt, um die öffentliche Diskussion aufgrund der Feiertage zu umgehen.

Doch die Vorbereitungen wurden bereits getroffen. Über die letzten zehn Jahre hinweg hat *Airbus Defence* nach eigenen Angaben eine halbe Milliarde Euro in die Forschung und Entwicklung unbemannter Luftfahrzeuge investiert. Nun steht das Unternehmen in den Startlöchern. Sobald die Regierung grünes Licht gibt, wird *Airbus Defence* gemeinsam mit den französischen und italienischen Partnern mit dem Bau einer Drohne beginnen. »Wir sind bereit«, heißt es vonseiten des Konzerns.

Als er nach der Zusammenarbeit seines Unternehmens mit der Europäischen Verteidigungsagentur ge-

fragt wird, verstummt der Sprecher von *Airbus Defence* plötzlich. »Welche Agentur?«, fragt er und dann, zögernd: »Ob wir da zu Gast sind oder was wir da tun, kann ich Ihnen im Moment nicht sagen.« Es ist verwunderlich, dass der Pressesprecher eines rüstungspolitisch so bedeutenden Unternehmens nichts gehört haben will von einer Agentur, die milliardenschwere Forschungsaufträge im Verteidigungsbereich vergibt und noch dazu immer wieder Vertreter von Rüstungskonzernen als Experten ins Haus holt. Noch erstaunlicher ist es, dass die Europäische Verteidigungsagentur auf Nachfrage hin sagt, selbstverständlich mit *Airbus Defence* zu arbeiten. Wieso also die seltsame Reaktion des Sprechers? Aus welchem Grund meint er, das verschweigen zu müssen?

Fest steht: Sollte die Drohnen-Entwicklung von der deutschen Bevölkerung nicht mitgetragen werden, wird das Vorhaben eben über die europäische Hintertür eingebracht. »Die Verteidigungsministerin setzt darauf, dass die deutsche Bevölkerung und die Medien nicht auf das schauen, was Regierungsvertreter in Brüssel unterschreiben und vertreten«, empört sich Barbara Lochbihler. »Mit Erfolg. Wenn die Drohnenbeschaffung dann in die finale Phase geht, war es natürlich wieder das böse Brüssel. Dabei haben Merkel, von der Leyen und Co. von Beginn an die Agenda mitbestimmt.« Das Fazit: Die Entwicklung von Drohnen, die bewaffnet werden können, hat längst begonnen. Sie aufzuhalten wird schwierig, ist aber nicht unmöglich. Voraussetzung dafür ist, dass Parlamente und Zivilgesellschaft endlich aktiv werden. ◆

Kampagne: Stoppt die Drohnen!

»Wir sind gegen die Etablierung einer Drohnentechnologie zur Kriegsführung, Überwachung und Unterdrückung«, ist die klare Position des deutschlandweit aktiven Bündnisses »Drohnen-Kampagne«. Es vereint rund 150 Friedens-, Bürgerrechts- und Antikriegsbewegungen sowie Individuen und fungiert als Koordinierungsplattform. Die Mitglieder haben es sich zum Ziel gesetzt, über die Technologie aufzuklären, dagegen zu protestieren und Politiker aufzufordern, sich von Kampfdroh-

nen zu distanzieren. Online kann man den Appell »Keine Kampfdrohnen!« unterzeichnen und sich offline in lokalen Aktionsgruppen engagieren. Auf der Internetseite www.drohnen-kampagne.de finden sich in der Rubrik »Mitmachen« Beteiligungsmöglichkeiten und Ansprechpartner. Insbesondere den 4. Oktober sollten sich Drohnen-Gegner im Kalender notieren: Mit Partnern aus anderen Ländern haben die Aktivisten diesen Tag zum globalen Aktionstag gegen Drohnen aus-

gerufen. »Wir fordern den klaren Entschluss von Bundestag und Bundesregierung, von Drohnen im Dienste von Krieg, Überwachung und Unterdrückung Abstand zu nehmen und sich für effektive Rüstungsexportverbote und ein Ende von Forschung und Entwicklung dieser Technologien einzusetzen«, lautet ihre Forderung an die deutsche Politik.

Elisa Rheinheimer-Chabbi

Informationen: kontakt@drohnen-kampagne.de